

Datum: 24. Juli 2007

„Wer einen Moscheeneubau in Essen-West verteufelt, ohne etwas
Genaueres über die Pläne zu wissen, setzt sich des Verdachts aus,

Joachim Drell
Kreisgeschäftsführer
Limbecker Str. 48-50
45127 Essen
Telefon: 0201 2476433
Telefax: 0201 2476430
E-Mail: kv@gruene-essen.de
Internet: www.gruene-essen.de

GRÜNE: Beim Moscheebau ist Sachlichkeit statt Stimmungsmache gefragt!

von unlauteren Motiven geleitet zu sein“, so Doris Eisenmenger, GRÜNE Schatzmeisterin aus Altendorf.

Die Wegzugsdrohungen der Firma NOWEDA sind ein dreister Versuch, die Stadtpolitik negativ zu beeinflussen. Was bisher von interessierter Seite in der Presse lanciert wurde, dient in erster Linie der Stimmungsmache.

Man muss kein Freund des Islam sein, um nachzuvollziehen, dass die Altendorfer Muslimsche Gemeinde nach Jahrzehnten im Hinterhof endlich einen vernünftigen Versammlungsort einrichten will. Solch ein Vorhaben ist aus GRÜNER Sicht grundsätzlich zu begrüßen.

Alles was rund um das Gelände an der Lagerhalle In der Hagenbeck bisher passiert ist, wird merkwürdigerweise gegen die türkische Gemeinde gewendet.

Die Reinigung des Grundstücks von Wildwuchs und Unrat gerät zur Baumfällung und die Einzäunung wird als feindseliger Akt gedeutet. Dabei handelt jeder Grundstücksbesitzer in diesem unseren Land so, ohne dass man darüber ein Wort verlieren muss.

Die Klage, man wisse nichts, ist scheinheilig. Nachdem DTIB in der Vergangenheit mehrfach scheiterte, weil andere Immobilien jeweils noch im letzten Augenblick vor Vertragsabschluss für andere Zwecke gebraucht wurden, ist es doch kein Wunder, dass man sich zunächst ein Grundstück sichert.

Wie dies genutzt wird, in welchem Umfang dort ein Moscheebau möglich ist, was mit der Moschee an Sozialräumen, Geschäften usw. geplant wird und ob der Bebauungsplan das zulässt, kann man sachlich klären. Die früheren Lieferverkehre großer Lastwagen dürften das Gewerbegebiet wohl mehr belastet haben als zahlreiche PKWs, die z.B. zum Freitagsgebet vorfahren. Außerdem liegt die ehemalige Lagerhalle unmittelbar am S-Bahnhaltepunkt Frohnhausen. Wenn es wirklich nur um Verkehrsprobleme gehen sollte – sie sind mit Hilfe von Stellplatzverordnungen zu lösen.

„Die Stimmungsmache vorab ist aber unseriös und dient nicht der Integration und dem Dialog. Muslime haben das Recht - wie andere Glaubensrichtungen auch - ihre Religion auszuüben. Wenn sie dafür in einen ansehnlichen Bau investieren, ist das gut für die Stadt“, so das abschließende Urteil von Doris Eisenmenger.

Rückfragen richten Sie bitte an Doris Eisenmenger, (Schatzmeisterin der GRÜNEN) Tel. 624307